

Wie sollen die Schulen offen bleiben?

Anders als Deutschland oder Österreich will die Schweiz die Schulen unbedingt offen lassen. Nun wird fieberhaft nach geeigneten Schutzmassnahmen gesucht.

Jacqueline Büchi

Müssen bald auch Primarschüler eine Maske tragen? Bisher galt die Maskenpflicht erst ab 12 Jahren.

Foto: Keystone

«Die Fenster sind fast pausenlos geöffnet. Es ist kalt in den Schulzimmern. Es hat Durchzug.»

In ihrem Blog berichtet eine Aargauer Lehrerin aus ihrem Alltag: Wie das Coronavirus im Frühling Lehrer wie auch Schüler überwältigte. Über die Tücken des Fernunterrichts, die Rückkehr ins Klassenzimmer. Über Schutzmassnahmen, die in der Theorie so viel einfacher klingen, als sie es in der Praxis sind. Über Kinder, die krank werden. Und über den Versuch, bei alledem irgendwie die Balance zu finden. Einen klaren Kopf zu behalten.

Es ist ein Dilemma: Die Schulen in der Schweiz sollen in der zweiten Welle der Corona-Pandemie offen bleiben. So lautet das erklärte Ziel. Gleichzeitig aber fragen sich viele bang: Was passiert, wenn im Kampf gegen das mutierte Virus aus Grossbritannien fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens heruntergefahren werden, die Kinder aber weiter die Schulbank drücken?

«Vieles ist besser, als die Schulen zu schliessen.»
Dagmar Rösler, Zentralpräsidentin Dachverband LCH

Die kantonalen Erziehungsdirektoren formulieren derzeit in einem Brief an den Bund Massnahmen, mit denen der neuen Situation Rechnung getragen werden könnte. Der Bundesrat will sich dem Vernehmen nach am kommenden Mittwoch dazu äussern.

Auch die Forscher der Science Taskforce brüten über den neuesten Daten. Erst am 17. Dezember hatte die Taskforce ein Papier mit Empfehlungen zum Schulbereich publiziert. Doch dann tauchten die ersten Fälle der Mutation B117 in der Schweiz auf – und die Arbeit ging von vorne los. Ein aktualisiertes Strategiepapier soll nächste Woche vorliegen, wie Marcel Tanner, Leiter der Gruppe Public Health bei der Taskforce, bestätigt.

Die folgenden Überlegungen stehen derzeit im Zentrum:

Sekundarschule in den Fernunterricht

Marcel Tanner schlägt vor, innerhalb der obligatorischen Schule zwischen der Primar- und Sekundarstufe zu differenzieren. Kinder unter zwölf Jahren gelten nicht als zentrale Treiber der Pandemie. Je älter sie werden, desto eher verhalten sie sich in Bezug auf die Krankheit und das Übertragungsrisiko wie die Erwachsenen.

Fachleute diskutieren deshalb, ob die Sekundarschüler in den Fernunterricht geschickt werden sollen, während die Primarschüler in den Klassenzimmern bleiben. Eine solch differenzierte Variante stiesse auch in der Bevölkerung eher auf Akzeptanz als eine radikale Schulschliessung, wie eine aktuelle Erhebung der Forschungsstelle Sotomo nahelegt.

Während 58 Prozent der Befragten eine Schliessung der Gymnasien und Berufsschulen begrüssen, sind es auf Sekundarstufe 43 Prozent. Nur jeder Fünfte fände es richtig, die Primarschüler nach Hause zu schicken.

Masken in der Primarschule

Bei den Kleinsten würde damit die Frage nach den geeigneten Schutzmassnahmen ins Zentrum rücken. So prüft etwa der Kanton Baselland eine Maskenpflicht auf Primarstufe. Für Marcel Tanner ist dies eine Option: «Von einer flächendeckenden Maskenpflicht in der Primarschule würde ich zwar abraten. Aber dort, wo besondere Umstände herrschen und die Abstände etwa aus räumlichen Gründen nicht eingehalten werden können, kann dies eine valide Lösung sein.»

Dagmar Rösler, die oberste Lehrerin der Schweiz, betont, gerade für die kleinen Kinder sei Mimik wichtig. Aber auch sie sagt: «Vieles ist besser, als die Schulen zu schliessen.»

Regelmässige Spucktests

«Um mehr über das mutierte Virus herauszufinden, sollten vermehrt ganze Klassen oder Schulen durchgetestet werden – vor allem, wenn Fälle in Klassen auftreten», sagt Tanner. Es stelle sich aber die Frage der Machbarkeit: Bisher reiche die Testinfrastruktur in vielen Kantonen noch nicht aus, vor allem aber fehle das nötige Personal.

Etwas realistischer werden grossflächige Tests laut Tanner, wenn vermehrt Speicheltests eingesetzt werden können. Dieses Verfahren sei nicht nur weniger aufwendig, sondern auch akzeptiert, da nicht invasiv: Ein unangenehmer Abstrich in Nase und Rachen könne den Kindern nicht mehrmals pro Woche zugemutet werden.

«In einen Becher zu spucken oder auf ein Schwämmchen zu beißen, ist viel eher vertretbar.» Der Kanton Graubünden hat bereits ein Pilotprojekt mit Schnelltests in Schulen angekündigt, es soll Ende Januar starten.

Lehrpersonen prioritär impfen

Dagmar Rösler fordert, dass sich Lehrerinnen und Lehrer prioritär impfen lassen können, sofern sie das wollen. Schliesslich gehörten sie, zusammen mit anderen Berufsgruppen, zu den besonders exponierten Personen. «Jetzt, da die Schulen zu den wenigen Institutionen zählen, die noch offen haben, spüren wir, dass die Sorge der Lehrer noch einmal deutlich zugenommen hat.» Viele hätten Angst, sich im Schulzimmer anzustecken und fühlten sich wie «Kanonenfutter».

Für die Ausarbeitung der Impfstrategie ist in der Schweiz die Eidgenössische Impfkommision zusammen mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) zuständig. Ihr Leiter Christoph Berger betont auf Anfrage, dass gemäss Strategie zuerst die besonders gefährdeten Personen und ihre engen Kontaktpersonen geimpft würden. «Im Fokus stehen die Personen, die an Covid sterben oder aufgrund schwerer Krankheitsverläufe die Spitäler füllen.»

«Das Recht auf Bildung muss sehr hoch gewichtet werden.»

Marcel Tanner, Corona-Taskforce

Die Pädagogen als gesamte Berufsgruppe vorzuziehen, käme einer Abkehr dieser Strategie gleich, so Berger: «Ich kann den Wunsch der Lehrpersonen aber sehr gut verstehen.» Die weiteren Schritte der Impfstrategie würden laufend neu evaluiert und verfeinert.

Wenn es die aktuelle Lage erfordere, sei es denkbar, «dass wir nach der Impfung der Risikogruppen einen Zwischenschritt einlegen und beispielsweise die Lehrer und andere Personen in besonders

<https://artikel.12app.ch/517373551968>

exponierten Berufen impfen, bevor die breite Bevölkerung an die Reihe kommt». Dagmar Rösler regt an, zusätzlich auch den Einsatz von FFP2-Masken eingehend zu prüfen.

Schliessung als letzte Option

Wenn sich die epidemiologische Lage in der Schweiz dereinst präsentieren sollte wie aktuell im Südosten Englands, dann müsste man wohl oder übel auch über Schulschliessungen in der obligatorischen Stufe nachdenken, sagt Marcel Tanner von der Taskforce. «Die gesellschaftlichen Auswirkungen wären aber nicht zu unterschätzen.» Gerade Kinder aus bildungsbenachteiligten Schichten fallen im Fernunterricht häufig zurück. Die Aargauer Lehrerin notierte im Frühling für ihren Blog:

«Einige sind meistens allein und unbeaufsichtigt. Sie haben die ganzen Ferien fast pausenlos gegamt oder Netflix geschaut. Sie vermissen ihre Freunde.»

Es gibt auch andere, denen der Fernunterricht gar nichts ausmacht. Doch Tanner sagt, die betroffenen Schüler könnten Nachteile erleiden, die der Staat nicht mit Geld kompensieren könne. Deshalb sei es eben auch richtig, die Schulen anders zu behandeln als andere Wirtschaftsbereiche. «Das Recht auf Bildung muss in der Güterabwägung sehr hoch gewichtet werden.»

Lehrerpräsidentin Rösler betont: Würden die Schulen geschlossen, entstünde dadurch eine Reihe neuer Probleme. «Die Kinder müssen ja beispielsweise weiterhin benotet werden, und die älteren Schnupperstellen suchen.» Kurz: Der Betrieb muss weitergehen in einem Jahr, in dem sonst fast nichts normal ist. Die bloggende Lehrerin bezeichnet diesen Zustand als besonders zermürend. Sie notiert dazu:

«Die SchülerInnen geben sich Mühe. Sie geben ihr Bestes. Einige suchen Lehrstellen. Es ist schwierig.»

Genanntes Blog (Quelle betr. Aargauer Lehrerin):

<https://qnterbunt.ch/index.php/2021/01/02/schule-und-corona-rueckblick-2020/>